

Zukunft der Freiheit

Zu einer aktuellen Rede Ralf Dahrendorfs aus dem Jahr 1974

VON ULRIKE ACKERMANN

»Wenn ich Freiheit sage, verstehe ich darunter zwei Dinge – einfach, wichtig, durchgängig von Bedeutung. Ich verstehe darunter erstens, dass der einzige gültige Maßstab, den ich bereit bin anzulegen an die Entwicklungen von Gesellschaften, die Lebenschancen von einzelnen Menschen sind. Der Einzelne und seine Chancen sind das, was zählt, wenn man versucht, gesellschaftliche Dinge zu prägen ... Und das Zweite ist, dass es unter allen Umständen mir richtig zu sein scheint, davon auszugehen, dass niemand von uns gültige Antworten auf alle Fragen geben kann, dass jede Antwort dem Verdacht unterliegt, sie könnte auch falsch sein, und dass wir daher jeden Grund haben, dafür zu sorgen, dass niemand in die Lage versetzt wird, seine eigene Antwort zum Dogma zu erheben, dass wir allen Grund haben, dafür zu sorgen, dass unsere Institutionen so bleiben, dass verschiedene unterschiedliche, auch gegensätzliche Antworten auf die Fragen der Zeit möglich bleiben. Freiheit ist eine Frage der Lebenschancen des Einzelnen und eine Frage der Offenheit der politischen Ordnung.«

Für den Soziologen, Politiker und Intellektuellen Ralf Dahrendorf blieb bis zu seinem Tod 2009 die individuelle Freiheit das Herzstück seines Freiheitsverständnisses. Der Rechtsstaat und die über die Jahrhunderte gewachsenen und erkämpften Institutionen der Demokratie bildeten für ihn die Fundamente und den Rahmen, in dem jeder Einzelne seine Freiheit entfalten kann. Auch in seiner Rede vor der Akademie der Schönen Künste in München vom November 1974, die damals im Bayerischen Rundfunk gesendet wurde und nur als Tondokument vorliegt, machte er diese angelsächsisch geprägte Freiheitstradition

stark. Damals wie heute ist dies ein luzider Einspruch gegenüber einem Freiheitsverständnis, das den Deutschen seit langer Zeit eigen ist, nämlich die Neigung, Freiheit beständig mit Einheit der Nation und mit Gemeinschaft zu verknüpfen. Dem korrespondiert, dass seit den neunziger Jahren, also seit der Wiedervereinigung, die Wertschätzung der Freiheit – insbesondere der individuellen Freiheit – kontinuierlich zurückgegangen ist, wie Untersuchungen gezeigt haben. Den Deutschen ist bis heute soziale Sicherheit und Gleichheit wichtiger als Freiheit.

Dahrendorfs Überlegungen, die er vor fast vierzig Jahren angestellt hat, haben nichts an Aktualität eingebüßt. Auch damals schon war seine Rede ein Einspruch gegen den Zeitgeist. Man erinnere sich: In der Folge von Studentenbewegung und Willy Brandts berühmtem Aufruf »Mehr Demokratie wagen« war viel in Bewegung geraten. Die Kritik an verkrusteten Formen der demokratischen Institutionen und an der »bürgerlich-kapitalistischen« Gesellschaft hatte viele Blüten getrieben. Kommunistische, maoistische und trotzkistische Gruppen sahen das Heil in Volksherrschaft oder Räte Demokratie. Sozialistische Träume vom Kollektiv teilten aber auch die entstehenden »neuen sozialen Bewegungen« von der Frauen-, der Ökologie- bis hin zur Anti-Atomkraft-Bewegung. Auch in Universitäten und intellektuellen Kreisen stand das »bürgerliche Individuum« am Pranger, und der Marxismus erfuhr eine ungeahnte Renaissance.

Und just in dieser Situation verteidigte Dahrendorf offensiv das Individuum und seine Bürgerrechte sowie demokratische Institutionen und ihr Prozedere.

Gleichwohl war ihm daran gelegen, neue Möglichkeiten der Freiheit zu erkunden: »Staatsbürgerliche Rechte sind in einem Aspekt Möglichkeiten, bestimmte gesellschaftliche Positionen zu erreichen, sind in einem Aspekt Chancen auf Teilnahme an dem, was eine Gesellschaft anzubieten hat an Entwicklungen für den Einzelnen. Die Entwicklung der letzten zweihundert Jahre lässt sich mühelos beschreiben als eine Entwicklung der Ausbreitung solcher staatsbürgerlicher Gleichheitsrechte.« Doch verwandelte sich seit den siebziger Jahren im Zuge des prosperierenden Wohlfahrtsstaats diese Gleichheit eines jeden vor dem Recht immer lauter in die Forderung nach sozialer Gleichheit. Dahrendorf konstatierte als »eine der Grundentwicklungen des letzten Jahrzehnts« die Veränderung »von einer Gleichheit der Chancen zu einer Gleichheit der tatsächlichen Positionen«.

Gegenüber dieser Sehnsucht nach Gleichheit machte Dahrendorf die Ungleichheit stark: »Es gibt Gründe für Ungleichheit. Ich glaube, dass eine Gesellschaft, die die Ungleichheit erlaubt, eine Gesellschaft, die die Ungleichheit innerhalb der Grenzen der staatsbürgerlichen Rechte geradezu fördert, zugleich eine Gesellschaft ist, die sich offen hält für zukünftige Möglichkeiten, und eine Gesellschaft, die etwas anbietet, was eines der unbezahlbaren Güter gesellschaftlicher Organisation ist, nämlich Hoffnung. Hoffnung auf zukünftige Möglichkeiten.«

Dahrendorf knüpfte damit an liberale Traditionen an, die im Individuum, im selbstbestimmten Bürger die hauptsächliche Innovationskraft gesellschaftlichen Fortschritts erblicken: Individuen machen Geschichte. Voraussetzung für die Herausbildung von Individualität und die Praxis eines eigenen Lebensplans ist die Freiheit eines jeden, zwischen verschiedenen Optionen unterscheiden und wählen zu können, sich von anderen zu differenzieren. Die individuellen Lebensexperimente lassen die Menschheit fortschreiten. Denn wenn Individuen

sich um ihr eigenes Glück und Wohlergehen kümmern, nehmen sie zugleich am gattungsgeschichtlichen Fortschritts- und Erkenntnisprozess teil. Sie produzieren damit ein allgemeines und öffentliches Wissen über die Möglichkeiten des guten Lebens, über dessen Varianten dann auch lauthals gestritten werden kann.

Ihre Antriebsquelle ist dabei der Wunsch, selbst ein gelingendes Leben führen zu wollen. Indem die Menschen entsprechend der Vielfalt der Charaktere und Meinungen ihren eigenen Lebensplan entwerfen und ihm folgen, schaffen sie überhaupt erst die Pluralität der Lebensstile, ein Kaleidoskop von Lebensmöglichkeiten, die alternativ zur Wahl stehen. Gerade darin liegt die Voraussetzung für die Produktivität und Innovationskraft einer Gesellschaft. Die Menschen sind nicht perfekt, sie fallen von einem Irrtum in den anderen. In der Vielfalt ihrer Lebensexperimente, die sie intersubjektiv teilen, lassen sie sich jedoch zu Neuem anregen und lernen voneinander. Erst in diesem Prozess ist es möglich, die besten Weisen des guten Lebens zu entdecken, Lust und Freude zu steigern und Unlust und Leid zu verringern.

»Es gibt also sehr wohl Gründe für die Ungleichheit, die nichts zu tun haben mit irgendwelchen Fundamentalungleichheiten zwischen Menschen, sondern die etwas zu tun haben mit dem Wunsch nach einem gesellschaftlichen Angebot von Möglichkeiten, in dem viele Chancen der Wahl haben, die real sind, in dem die Realisierung der Staatsbürgerrechte nicht am Ende diese Rechte zerstört. Darum ein gemischt privat-öffentliches Schulwesen, wo immer es möglich ist. Darum ein möglichst vielfältiges Angebot im Schul- und Hochschulbereich, auch ein Angebot unterschiedlicher Ausbildungsdauer und unterschiedlichen Ausbildungsran- ges. Darum auch Unterschiede des Einkommens und Unterschiede der wirtschaftlichen Situation von Einzelnen als ein Element einer in sich flexiblen, einer nach vorne

gerichteten, einer offenen, einer entwicklungsfähigen Gesellschaft.«

Die Gleichheit der Bürger realisiert sich politisch in der Teilnahme am Prozedere der Demokratie, also in der Teilnahme eines jeden an geheimen und freien Wahlen. Für Dahrendorf waren die repräsentative Demokratie und ihre Institutionen in Gestalt von Wahlen und Parlamenten sowie das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit die Fundamente einer Verfassung der Freiheit: »Zumindest im 18. und 19. Jahrhundert war für die Theoretiker der modernen politischen Gemeinwesen selbstverständlich, dass staatsbürgerliche Teilnahme an einem Prozess ist, bei dem Repräsentanten gewählt werden, die dann das Recht haben, Entscheidungen einzuleiten, Entscheidungen zu begründen, wengleich sie sich der Kontrolle derer stellen müssen, die diese Entscheidungen betreffen. Es ist niemandem entgangen, dass die letzten Jahre, vielleicht schon Jahrzehnte, diesen Prozess sehr viel weiter getrieben haben und zunehmend über die Grenzen der repräsentativen Regierung hinaus getrieben haben, hin zu einer Form der Teilnahme, die total ist, wenn ich das so ausdrücken darf.«

Es brauchte damals Courage, sich in einem Klima, in dem die Zweifel an den demokratischen Institutionen immer lauter wurden, so vehement und leidenschaftlich für die repräsentative Demokratie ins Zeug zu legen: »Ich bin davon überzeugt, dass die stärkere Teilnahme von mehr Einzelnen am Prozess der politischen Entscheidungsbildung einer der ganz großen Fortschritte in der Entwicklung der entwickelten Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten ist ... Aber es gibt auch hier den seltsamen Punkt, an dem die Übertreibung des Prinzips der staatsbürgerlichen Teilnahme dazu führt, dass dieses Prinzip seinen Sinn selbst verliert. Denn streng genommen ist die totale Teilnahme aller an allem eine andere Beschreibung der vollständigen Unbeweglichkeit von gesellschaftlichen Einrichtungen. Die totale Teilnahme aller an allem ist, in der Theorie

zumindest, eine Situation, in der es nahezu unmöglich wird, Entscheidungen überhaupt noch in die Wege zu leiten, in der es jedenfalls vollständig reizlos wird, Initiative zu entfalten und auf der Grundlage solcher Initiativen Menschen zu überzeugen davon, dass diese Initiativen ihren Sinn haben.«

Man erinnere sich: In den siebziger Jahren wurde kräftig demonstriert, die außerparlamentarische Opposition in der Folge von 1968 stellte die Legitimität der gewählten Regierung und die staatlichen Institutionen in Frage. Das Zauberwort lautete: imperatives Mandat, direkte Demokratie anstelle der repräsentativ-parlamentarischen. Dem hielt Dahrendorf entgegen: »Repräsentative Regierung in unserer Zeit ist unvergleichlich viel komplizierter als im 19. Jahrhundert und wird verlangen, wie ich meine, dass wir uns die Institutionen unserer eigenen Demokratie genau daraufhin ansehen, ob sie denn Initiative und Kontrolle in dem Maße erlauben, in dem wir uns das wünschen von einem entwickelten Gemeinwesen, in dem Staatsbürger ihre Rechte voll wahrnehmen. Ich könnte mir vorstellen, dass wir dabei zu dem Schluss kommen, dass sowohl die Möglichkeiten der Initiative als auch die Möglichkeiten der Kontrolle verstärkt werden müssen. Ich könnte mir vorstellen, dass wir dabei manchen Aspekt unserer Verfassungsordnung sehr gründlich daraufhin prüfen, ob er das Nötige leistet. Ich bin aber ganz sicher, dass eine solche Prüfung nicht zu dem Ergebnis führen kann und darf, dass wir an die Stelle der alten Immobilitäten einer autoritären Ordnung die neuen Immobilitäten einer Überpartizipation, die neuen Immobilitäten der Totaldiskussion setzen.«

Dahrendorfs damalige Verteidigung der Institutionen und Mechanismen der repräsentativen Demokratie und seine vehemente Warnung vor einer »Überpartizipation« der Bürger sollte uns zu denken geben. Es ist gleichsam ein Kommentar zu den Ereignissen und Debatten unserer Tage um das Bahnhofs-

projekt »Stuttgart 21«. Auch jüngst stellte die bundesweit äußerst aufmerksam wahrgenommene Protestbewegung der Stuttgarter Bürger die Legitimität eines jahrzehntelang währenden politischen Entscheidungsverfahrens radikal in Frage. Der medienwirksame Protest von der Straße samt Sitzblockaden und Besetzung des Bahnhofs hatte das Ziel, eine politische Entscheidung, die alle demokratischen Instanzen durchlaufen hatte, rückgängig zu machen.

Natürlich verfügt die Demokratie über Spielräume, getroffene Entscheidungen nach neuer Sachlage zu verändern oder gar rückgängig zu machen. Auch zeigte das Stuttgarter Beispiel, dass insbesondere bei Großprojekten die Kommunikation der politischen Entscheidungsträger häufig sehr zu wünschen übrig lässt und das Misstrauen der Bürger gegenüber der politischen Klasse gewachsen ist. Zugleich sehen wir in diesem Fall aber auch das alte Dilemma der Konflikte, die immer wieder zwischen lokalen, regionalen und nationalen Interessen entstehen. Würde jedem regionalen Volksaufstand gegen ein Großprojekt nachgegeben werden, wäre es mit gesellschaftlichem Fortschritt und der Durchsetzung des Interesses des Gemeinwesens nicht mehr weit her. Gruppeninteressen würden sich jenseits demokratisch legitimierter Verfahren durchsetzen. Nicht von ungefähr wird in solchen Situationen nach direkter Demokratie, nach Volksentscheiden und der Stärkung plebiszitärer Elemente gerufen. Doch blickt man beispielsweise nach Kalifornien, so stellt man fest, dass dieser Staat aufgrund permanenter Volksabstimmungen nahezu unregierbar geworden ist.

Die Forderung nach »totaler Teilnahme« aller an allen Entscheidungen bedeutet letztlich, dass nur diejenigen, die die Zeit finden, grenzenlos zu diskutieren und sich zu diesem Zweck organisieren und demonstrieren, Einfluss auf die politischen Entscheidungen haben. Dahrendorf sah darin zu Recht eine andere Form der Unbeweglichkeit und letztlich

eine Beseitigung jener staatsbürgerlichen Teilnahmerechte, die so fundamental für die Entwicklung der Freiheit in modernen Gesellschaften sind. Es hat gute Gründe, dass in unserem Grundgesetz die Freiheitsrechte individuelle und nicht kollektive Rechte sind.

Dahrendorfs Warnung vor einer »Überpartizipation« bedeutete jedoch keineswegs, dass ihm die breite öffentliche politische Auseinandersetzung der Bürger über die Angelegenheiten in ihrem Gemeinwesen nicht am Herzen lag. Er warnte hingegen ausdrücklich vor einer Aufspaltung der Öffentlichkeit in autonome Teilbereiche, denn wenn sich diese aus dem allgemeinen Prozess der demokratischen Entscheidungsbildung abkoppeln, wird dem einzelnen Staatsbürger die Möglichkeit genommen, auf diesen generellen Prozess einzuwirken: »Ich würde daher meinen, dass für denjenigen, dem die Zukunft der Freiheit am Herzen liegt, vor allem ein Thema zentral sein muss, und das ist die Herstellung einer effektiven allgemeinen politischen Öffentlichkeit unter den neuen Bedingungen, unter denen wir uns glücklicherweise finden in einer Gesellschaft, in der die Bürgerrechte des Einzelnen viel entwickelter sind, als sie es zu früheren Zeiten waren.«

Skeptisch war Dahrendorf gegenüber romantischen Träumen, in denen das Heil in kleinen, überschaubaren Einheiten, in direkter, unmittelbarer Demokratie ohne vermittelnde Instanzen und ihr Prozedere gesehen wird. Für ihn war dies eine rückwärtsgewandte Sehnsucht. Aber vielleicht ist die Einsetzung eines »Schlichters« im Stuttgarter Bahnhofskonflikt doch ein tauglicher Versuch gewesen, der örtlichen Legitimationskrise der gewählten Volksvertreter und ihres Planungsverfahrens zu begegnen. Mit der Fernsehübertragung des Streits der Kontrahenten waren die Interessenkonflikte zumindest einer breiten politischen Öffentlichkeit zugänglich. Der Verzicht auf die von einer Teilöffentlichkeit geforderte Volksabstimmung zum Zwecke der Verhinderung des Baupro-

jekts war dem Ansehen und der Legitimität der repräsentativen Demokratie auf jeden Fall sehr zuträglich. Der Stuttgarter Fall hat uns zugleich vor Augen geführt, dass diese Demokratie auch Raum für neue Formen politisch-öffentlicher Auseinandersetzung eröffnet. Über die Verbindlichkeit jener Übereinkünfte, die aus dem Schlichtungsverfahren resultieren, herrscht allerdings nach wie vor Unklarheit. Die Herausforderung besteht nun darin, mit politischer Klugheit das Neue in das bisherige Regelwerk der repräsentativen Demokratie zu integrieren.

»Es gibt nur einen einzigen Weg, der der Freiheit eine Zukunft gibt: Das ist der Weg, der neue Möglichkeiten zu erkunden bereit ist, der Weg eines Themenwechsels. Es ist richtig: Wer die Freiheit will, muss bis zu einem gewissen Grade gerade heute auch eine defensive Einstellung einnehmen. Ich bin überzeugt davon, dass die Verteidigung der rechtsstaatlichen Grundsätze und Institutionen eine Aufgabe aller ist, die die Freiheit erhalten wollen. Und ich bin beunruhigt darüber, dass angesichts der rechtsstaatlichen Institutionen und Grundsätze in der Bundesrepublik manchmal der Anschein entstehen kann, als brauche man an die institutionellen Wände nur einmal anzustoßen, und schon brechen sie in sich zusammen. Dies ist einer der Punkte, wo ganz sicher derjenige, dem es um die Freiheit ernst ist, ganz eindeutig sein muss in seiner Verteidigung von Institutionen. Aber die Defensive kann niemals die einzige Antwort derer sein, denen es um die Freiheit ernst ist. Der Kern der Antwort muss darin liegen, dass man aus den Entwicklungen heraus, die sich beobachten lassen, und im Lichte der bleibenden Prinzipien einer freiheitlichen Orientierung neue Wege erkundet und neue Wege beschreitet.«

Ralf Dahrendorf, dieser große liberale Denker, war sich zeit seines Lebens im Klaren darüber, dass die Position der Freiheit immer eine unbequeme Position bleiben wird. Er wusste, dass die Freiheit

gestaltet und durch die Tätigkeit aufgeklärter Menschen, durch Individuen am Leben erhalten werden muss. Denn wenn das aktive Streben nach Freiheit nachlässt, ist sie in Gefahr. Dahrendorf war besorgt darüber, dass die Freiheit zum Anliegen einer Minderheit werden

könnte. Und er erinnerte unermüdlich daran, dass Freiheit dem Menschen weder von Natur aus gegeben noch ewig ist, wenn sie denn einmal gewonnen wurde. Der Kampf für die Lebenschancen des Einzelnen gegen die Beschränkungen durch andere ist nie zu Ende.

Modell Deutschland?

Die Vergangenheit und die Zukunft der Energie

VON GERD GANTEFÖR

Hinter der Geschichte der Könige, Kriege und Revolutionen, die im Schulunterricht gelehrt wird, gibt es noch eine zweite Geschichte: Es ist die der Zivilisation. Diese Geschichte beginnt in der Steinzeit mit der Zähmung des Feuers. Eine höhere Kultur konnte sich aber erst entwickeln, als die Jäger und Sammler sesshaft wurden. Von dieser Zeit an lassen sich bis heute drei Entwicklungsphasen unterscheiden, die eng mit der Verfügbarkeit von Energie verknüpft sind. In jeder Phase kam eine neue Energieform hinzu, und als Folge davon sank die Arbeitsbelastung des Menschen, weil Maschinen immer mehr Arbeit übernahmen. Die Produktion lebensnotwendiger Güter wie Nahrungsmittel, Wohnung und Energie nahm immer weniger Arbeitszeit in Anspruch. Erst als neben den für das Existenzminimum notwendigen Arbeiten noch Zeit blieb, konnte sich eine höhere Zivilisation entwickeln.

In allen drei Phasen stiegen der Lebensstandard und der Energieverbrauch ständig an, doch heute besteht die Gefahr, dass diese Aufwärtsentwicklung ein Ende findet, sich vielleicht sogar umkehrt. Denn leicht verfügbare Energie, bisher die Grundlage dieser Aufwärtsentwicklung, droht zu verknappen. Die Nationen müssen nun entscheiden, wie sie dieser Verknappung entgegenzutreten wollen. Eine Entscheidung über die zu-

künftige Energieversorgung ist aber gleichzeitig eine Entscheidung über die Entwicklung der Zivilisation, wie ein Blick in die Vergangenheit zeigt.

In der ersten Phase gab es nur eine einzige Energiequelle, die heute mit dem Begriff Biomasse bezeichnet wird: Getreide, Feldfrüchte, Obst, Holz, Gras etc. Alle Arbeiten mussten die Menschen selbst verrichten, und zwar mit ihrer Muskelkraft. Die Energie hierfür bezogen sie aus der Nahrung, also der Biomasse. Es gab Nutztiere, die den Menschen halfen, zum Beispiel Ochsen beim Pflügen. Aber bei weitem nicht jeder Bauer hatte Ochsen, und kaum jemand konnte sich ein Pferd leisten. Denn diese Tiere brauchten Weideflächen, und damit konkurrierten sie mit den Menschen um das kostbare Ackerland.

Das Leben der Menschen konzentrierte sich auf den täglichen Überlebenskampf. Alle Güter des täglichen Bedarfs wurden selber hergestellt. Eine besonders harte Arbeit war das Mahlen des Getreides: Eine Rotationsmühle wurde von zwei Arbeitern angetrieben, die tagein, tagaus im Kreis liefen und den Mühlstein drehten. Die Energie aus der Biomasse reichte zum Überleben aus, ein Mensch produzierte gerade genug für sich selbst. Ständig drohte eine Hungersnot, und über 90 Prozent der Bevölkerung arbeitete in der Landwirtschaft. Die